

Chronik des Tages.

Der Reichspräsident hat gegen die „Note Kahn“ und den „Annull“ wegen Verleumdung Strafantrag gestellt.
In den Fragen des ober-schlesischen Stein-Kohlenbergbaus hat das Reichsarbeitsministerium einen Schiedsspruch gefällt.
Ueber die Finanzpläne Poincarés ist dies jetzt etwas Genauer noch bekannt. Er hofft ohne Vollmacht die Sanierung zu bewerkstelligen, weil er des Senates und der Kammer sicher ist.
Der spanische Thronfolger, Prinz von Asturias, ist schwer erkrankt.
In Polen sind in der Spionageangelegenheit neue Verhaftungen erfolgt.

Wie lange, Poincaré?

Mit einem, man kann wohl sagen genialen Griff, hat Poincaré sein Kabinett der „nationalen Einigung“ gebildet. Die entscheidlichen Herrereien der früheren Kabinettsbildner hat er mit gutem Geschick zu vermeiden gewußt. Und trotzdem war sein Plan eigentlich ein anderer, noch großzügiger. Er hatte doch lediglich etwa 8 Persönlichkeiten vereinigen wollen zu einem „sozialen Wohlfahrtsausschuß“, und nun hat er statt dessen wieder ein Kabinett von 12 Mitgliedern. Wer abergläubisch ist, sucht die Zahl 13 zu vergessen. Aber man sieht daraus, daß sogar ein Poincaré es nicht wagen konnte, mit den alten Traditionen zu brechen.

Es ist manches recht anders dennoch. Die Interstaatssekretäre z. B. fehlen. Man will doch sparen. Außerdem: 6 ehemalige Ministerpräsidenten gehören dem Kabinett an. Ferner hat Poincaré es tatsächlich verstanden, ein „großes Ministerium“ zu bilden, d. h. ein Ministerium, in dem links und rechts vertreten sind. Es sind darin 4 Senatoren und 9 Abgeordnete. Von den Senatoren gehören Poincaré und Barthou zur republikanischen Vereinigung, Perrier ist Mitglied der demokratischen Linken und der neugewählte Sarraut wird gleichfalls dieser Gruppe beitreten, die der sozialistisch-radikalen Fraktion in der Kammer entspricht. Von den neuen Ministern, die Abgeordnete sind, müssen 5 zur Linken gerechnet werden: Briand und Painlevé (republikanische Sozialisten), Herriot und Doumergue (Sozialradik.), Fallières (radik. Linke). Degues gehört zur Mittelgruppe der Linkenrepublikaner. Marin ist der Vorsitzende und Bokanowski ein namhaftes Mitglied der Gemäßigten. Tardieu ist keiner Fraktion beigegeben. Es läßt sich also wohl behaupten, daß diesem Kabinett eine große Mehrheit in der Kammer gesichert ist.

Und trotz dieser, äußerlich so günstig aussehenden Zusammenfassung, muß man sich fragen: Wie lange, Poincaré? Schon beginnt in der Presse die Kritik. Schon sehen die Parteischwäger wieder ein „schreibt ein Pariser Blatt. Die Rechtspresse murren, man wäre der Linken zu sehr entgegengekommen und die Linke meint das Gegenteil. Es ist durchaus nicht zu verkennen, daß dies Kabinett eine schwache Seite zeigt, woran es wahrheitlich auch zugrunde geht: Die Gegenstände innerhalb des Kabinetts sind zu groß. Die Klänge werden sich allerdings nicht mehr so öffentlich abspielen, um so mehr aber in den Ausschüssen, was nicht weniger gefährlich ist. Solange es sich nur um theoretische Angelegenheiten handelt, wird alles gut gehen. Wehe aber, wenn mit praktischen Maßnahmen begonnen werden soll, — und damit muß in Anbetracht der Finanzkrise sofort begonnen werden. Schon die Ratifizierung der Schuldenabkommen kann den Tod des Kabinetts bedeuten. Die sozialistische Kammerfraktion hat eine von Franklin-Bouillon, Renaudel und Morel vorgelegte Entschliessung angenommen, die Regierung zu bekämpfen. Auch in der radikalen Fraktion kam es zu heftigen Debatten, weil Herriot ohne die Partei zu fragen, ein Portefeuille angenommen hat.

Wenn man dies Kabinett also ein Kabinett der Einigung nennt, so ist dies rein äußerlich. Männer wie Tardieu, der Nachbar des Versailler Vertrags und Briand, der Mann von Locarno, — wie sollten die, wenn sie es ehrlich gemeint haben, lange zusammenarbeiten? Und Herriot, der Pazifist neben Poincaré, dem Schöpfer des Ruhrkampfes? Sollte das wirklich lange gehen? Aber trotzdem hat Poincaré es geschafft. Er hat dem Franken, der in den letzten Tagen immer rascher glitt, einen neuen Halt gegeben, indem er wenigstens die Regierungskrise beilegte.

Was aber bedeutet dies Kabinett für Deutschland? Wohl hat Poincaré, der sich im Ruhrkampf als Blutsauger und Deutschenhaßer erster Güte entpuppte, das Außenministerium an Briand vergeben, um sich ganz friedlich den Finanzen zu widmen. Aber das können wir schon jetzt wissen: Sein Einfluß auf das Verhältnis zu uns wird groß sein. Und geht es eines Tages dem Franken besser, dann hat Poincaré auch wieder Zeit, seinen Deutschenhaß neu zu zeigen. Deswegen fürchten ja auch die Engländer, daß dies neue Kabinett dem Völkerbund nicht zuträglich sein kann, sie fürchten sogar, daß damit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ernste Hindernisse erwachsen sind.

So oder so, innerlich oder äußerlich, drohen diesem Kabinett der nationalen Einigung große Gefahren und man übertriebt deshalb in keiner Weise, wenn man sich die Frage stellt: Wie lange, Poincaré?

Poincarés Absichten.

Regierungserklärung am Dienstag.
Der Präsident der französischen Republik, Dou-

mergue, hat die Ernennungsbefehle der Minister unterzeichnet. Die Beratungen über die Regierungserklärung haben begonnen. Sofort nach Verlesung am Dienstag vor der Kammer wird Poincarés seine Finanzpläne vorlegen. Es ist anzunehmen, daß er Interpellationen nicht gestatten wird, sondern die Annahme der Gesamtheit der Gesetze fordert. Die Gesetzentwürfe sehen eine Abänderung der jetzigen Steuern vor und die Schaffung neuer Abgaben. Er nimmt an, daß in zwei Wochen diese Pläne angenommen sind, sodas etwa am 10. August das Schließungsdekret, das die Kammer beurlaubt, verlesen werden kann. Poincaré plant vor allem eine Tilgung der schwebenden Schuld. Ferner brabsichtigt er, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die Wahlperiode der beiden Parlamente um zwei Jahre verlängert wird. Diese Maßnahme soll den Zweck haben, während drei bis vier Jahren eine Zeit der inneren Ruhe für den finanziellen Wiederaufbau zu schaffen.

Die ersten Unstimmigkeiten.

In der Kammergruppe der Sozialisten macht sich eine Spaltung bemerkbar. Der Führer des rechten Flügels, Renaudel, der von jeher für eine Teilnahme der Sozialisten an der Regierung eingetreten ist, hat eine Erklärung abgegeben, in der er sofort die Einberufung eines Kongresses der sozialistischen Partei zur Entscheidung über die Frage der Teilnahme an der Regierung Poincarés fordert. Der linke Flügel der Sozialisten lehnt grundsätzlich die Teilnahme an der Regierung ab.

Franklin Bouillon hat seinen Austritt aus der republikanischen Zwischengruppe zur Schaffung eines Wohlfahrtsausschusses erklärt. Herriot, der bekanntlich im Kabinett Poincarés das Unterrichtsministerium übernommen hat, richtete jetzt an die Radikalsozialisten der Kammer einen Brief, indem er sich entschuldigt, daß er seine Partei nicht erst befragt hat, bevor er das Portefeuille übernahm.

Wir wollen Kolonien.

Ein Vortrag des Reichsinnenministers Dr. Kütz.

In der Berliner Universität sprach der Reichsinnenminister und frühere Reichskommissar in Südwestafrika Dr. Kütz im Rahmen einer Vortragsreihe über die Kolonialfrage und unsern Anspruch auf Kolonien.

Unser ganzes Streben müsse darauf gerichtet sein, unsere Weltgeltung wiederherzustellen. Dies sei nur möglich durch kolonialen Erwerb.

Wie jedes andere Volk von Bedeutung müsse auch Deutschland in fremden Erdteilen Besitzungen haben, woher es Rohstoffe beziehen kann. Vor allen Dingen sei unser Wunsch, Kolonien zu besitzen, kein Wunsch, sondern unser bestes Recht, das wir uns nicht nehmen lassen dürfen. Es sei ferner eine Angelegenheit der deutschen Ehre, der wirtschaftlichen und politischen Selbstbestimmung. Eine Frage des Rechts insofern, als es gelte, den Rechtsbruch des kolonialen Raubes wieder gut zu machen. Eine Frage der Ehre, um zu beweisen, daß der Vorwurf von der kolonialen Unfähigkeit Deutschlands, den man seinerzeit als kolonialschuldige der Kriegsschuldfrage beigelegt habe, eine Unwahrheit ist. Wir können unsere Wirtschaft niemals auf die frühere Höhe der Entwicklung bringen, wenn wir keine Kolonien haben. Kolonien gehören also zu unserem Wiederaufbau. An der kulturellen Erziehung fremder Erdteile müssen wir als Volk, das der Kulturwelt so viel gegeben hat, unbedingt teilnehmen können.

Politische Rundschau.

Berlin, den 26. Juli 1926.

Wie aus Paris gemeldet wird, nehmen die deutsch-französischen Handelsverhandlungen einen günstigen Verlauf. Man hofft, in Kürze zum Abschluß eines Provisoriums zu gelangen.

Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ist die in Dresden erscheinende kommunistische Zeitung „Arbeiterstimme“ auf die Dauer von zwei Wochen wegen schwerer Verleumdung und Schmähung des Reichspräsidenten durch ein Verbot verboten worden.

Der frühere Reichsdankler Dr. Luther hat am Sonnabend eine Reise nach Südamerika auf dem Dampfer „Aguila“ angetreten. Er besucht zunächst Venezuela.

Der Stahlhändler Steinbach, der vor einigen Tagen in Halle von dem kommunistischen Kämmler durch zahlreiche Messerstiche schwer verletzt worden war, ist seinen Verletzungen erlegen.

Wärterung der Wartezeit bei der Angestelltenversicherung. Nach § 384 des Angestelltenversicherungs-gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 28. Juli 1925 kann die Reichsversicherungsanstalt Versicherten nach vorübergehender ärztlicher Untersuchung sowohl die Wartezeit der Wartezeit wie auch den Entlast von Beitragsjahren nach erfüllter Wartezeit gestatten. Den Erlaß der erforderlichen Ausführungsbestimmungen hat der Gesetzgeber dem Reichsarbeitsministerium übertragen. Das Reichsarbeitsministerium hat trotz entsprechender Vorschläge der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bis jetzt noch keine Ausführungsbestimmungen erlassen. Aus diesem Grunde hat sich der Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) nochmals mit dem R. A. M. in Verbindung gesetzt und darauf hingewiesen, daß es bei den Beteiligten unverständlich bleiben muß, daß eine vor Jahresfrist festgelegte Einrichtung immer noch nicht benutzt werden kann. Gleichzeitung hat der G. D. A. die Frage der Anwartschaftsberechnung der stellenlosen Versicherten angeschnitten und deren dringende Lösung gefordert. Rehtausende von

stellenlosen Angestellten laufen Gefahr, ihre wohlverworbenen Rechte zu verlieren, wenn das R. A. M. nicht sofort helfend eingreift.

Die Entwicklung der dem Saargebiet aufzuzubringenden Wahrung bringt eine zunehmende Berechnung der gesamten Arbeitnehmerschaft des Saargebiets mit sich. Die Zentrumsfraktion im Saarbrücken fordert die Herstellung wertbeständiger Löhne. Es sei Pflicht der Regierungskommission, durch umgehende gesetzgeberische Maßnahmen die Arbeitnehmerschaft vor Verzweiflungswerten zu bewahren und den notwendigen Wirtschaftsfrieden im Saargebiet zu erhalten. Als geeignetes Mittel hierzu sieht die Partei die von den politischen Parteien und den Gewerkschaften seit Jahren geforderte Einführung des obligatorischen Schlichtungswesens, des Tarifrechtes und der Gleichberechtigung zur Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen an.

Schiedsspruch für den ober-schlesischen Stein-Kohlenbergbau. Im Reichsarbeitsministerium wurde im Arbeitszeit-, Lohn- und Manteltarifvertrag im ober-schlesischen Bergbau ein Schiedsspruch gefällt, der das Mehr-arbeitsabkommen über den 1. August hinaus mit der Maßgabe verlängert, daß über die achte Stunde hinaus geleistete Arbeit der Untertagearbeiter mit einem besonderen Zuschlag abgegolten wird. Ferner sollen für einzelne weitere Arbeitergruppen Lohnaufbesserungen eintreten. Im übrigen ist die Lohnordnung wie auch der Manteltarifvertrag wieder in Kraft gesetzt worden. Die Erklärungsfrist über die Annahme des Schiedsspruchs läuft bis zum 27. Juli.

Rundschau im Auslande.

Der ehemalige österreichische Handelsminister und Universitätsprofessor Friedrich Wieser, einer der hervorragenden Nationalökonomien der Universität Wien, ist im Alter von 75 Jahren gestorben.

Die polnische Regierung hat die Militärattachés in Berlin, Moskau, Rom, London und Tokio abberufen.

Ein kritischer Augenblick im englischen Unterhaus.

Aus London wird berichtet: Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Reorganisation der Bergwerks-industrie im Unterhaus ist die Regierung mit knapper Not einer Niederlage entronnen. Die Opposition hatte den Antrag eingebracht, den Gesetzentwurf an die Kommission zurückzuverweisen, und hätte, da das Haus außerordentlich schwach besetzt war, eine Abstimmung zu Gunsten ihres Antrages herbeiführen können, da die Anhänger der Regierung in der Minderheit waren. Der Staatssekretär für den Krieg erkannte die Gefahr des Augenblicks und improvisierte eine Rede, so daß die Anhänger der Regierung Zeit gewonnen, aus dem ganzen Parlamentsgebäude die anwesenden Parteimitglieder zusammen zu holen und so eine zur Zurückweisung des Oppositionsantrages ausreichende Mehrheit aufzubringen.

Die Verhaftungen in Polen.

Aus Warschau wird gemeldet, daß die Zahl der, in verschiedenen Städten auf Grund von Spionage verhafteten Personen bereits 200 überschritten hat. Befastigtes Material, wie falsche Amtskampfen, Reisepässe, Kopien von militärischen Plänen und Abschriften von militärischen Geheimdokumenten sowie große Mengen von Waffen und Explosivstoffen seien den Behörden in die Hände gefallen. Die Verhaftungen seien den Behörden in die Hände gefallen. Die Behauptung, daß die Spionageorganisationen, die hauptsächlich in Galizien, Schlesien und Kongresspolen ihren Sitz haben, für Deutschland gearbeitet hätten, ist unwahr; es stellte sich heraus, daß die Beteiligten vorwiegend im Dienste Sowjet-russlands gestanden haben. Sie haben im übrigen auch ihre Auftraggeber betrogen, indem sie zahlreiche Rechnungen über Aufwendungen bei Reisen usw., die in Wirklichkeit nicht stattgefunden haben, zur Erstattung ihrer angeblichen Unkosten einreichten.

Der Mann mit zwei Zungen.

Chamberlain und die deutsche Abrüstung.

Die Antwort Chamberlains im englischen Unterhaus auf die Frage, ob die deutsche Abrüstung zu friedensstiftend sei, — eine Frage, die im Zusammenhang mit der Note des französischen Generals Balth gestellt wurde, — hat nicht nur in Deutschland, sondern auch in England selbst großes Erstaunen erweckt.

Der „Manchester Guardian“ stellt in einem Leitartikel die Frage, ob es Zufall oder Wille sei, daß jedesmal, wenn Deutschlands Eintritt in den Völkerbund bevorzustehen scheint, die Luft sich mit Gerüchten fülle, die geeignet seien, ihn zu verhindern. Chamberlain hat in Antwort auf die Frage, ob die Lage bezüglich der deutschen Abrüstung befriedigend sei, erwidert: Nein!, ohne einen weiteren Kommentar dazu zu geben. Dies ist schwerlich genügend. Wenn die Auffassung bestehen sollte, daß Deutschland mit seinen Abrüstungsverpflichtungen erfüllt im Rückstande ist, dann könnte diese Tatsache zum Vorwand für die Verweigerung seiner Zulassung zum Völkerbund gemacht werden. Das Blatt fragt: Ist das die Absicht? Soll wieder ein Hindernis errichtet werden, oder ist Sir Austen Chamberlain tatsächlich und ernstlich besorgt über den Stand der deutschen Abrüstungen?

Derselbe Chamberlain hat im Januar dieses Jahres auf dieselbe Frage ganz anders geantwortet. Chamberlain sagte damals bei dem gemeinsamen mit Briand abgehaltenen Presseempfang auf die Frage, ob Deutschland alles Menschensmögliche tue, um seine Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen: „Ja, alles. Man muß nicht immer bloß daran denken, was noch geschehen soll, sondern auch in Betracht ziehen, was bereits getan worden ist. Die Ergebnisse, die in den letzten sechs Monaten erreicht worden sind, übersteigen unsere Hoffnungen.“ — Weiterhin äußerte er die Ueberzeugung, daß die noch restierenden Entwaffnungsbestimmungen leicht erledigt werden können.

Nicht verschiedene Männer haben diese Antworten gegeben, sondern ein und derselbe: Chamberlain.